

Iraker sollen sich ab 2004 selbst regieren

Bremer und Talabani stellen Zeitplan für Nachkriegsordnung vor - Rumsfeld: US-Militär bleibt präsent

von Boris Kalnoky



Das Militär bleibt auch nach dem Machtwechsel bleiben
Foto: dpa

Bagdad - Die amerikanisch geführte Militärverwaltung des Irak, die Coalition Provisional Authority (CPA), wird sich am 30. Juni 2004 selbst auflösen und die ganze Macht an eine irakische Übergangsregierung abgeben. Das wurde am Freitag in Bagdad schriftlich vereinbart. Das entsprechende Dokument trägt den Titel "Agreement on Political Process" ("Vereinbarung über politischen Prozess") und trägt die Unterschriften von CPA-Chef Paul Bremer und dem amtierenden Präsidenten des provisorischen irakischen Regierungsrates, Dschalal Talabani. Auch der Regierungsrat verpflichtet sich in dem Vertrag zur Selbstauflösung, um einer unabhängigen irakischen Regierung Platz zu machen. In einem zweiten Schritt, so vereinbarten beide Seiten, sollen eine irakische Verfassung ausgearbeitet und bis Ende 2005 allgemeine Wahlen abgehalten werden.

Die neue Vereinbarung stellt eine Abkehr von den bisherigen amerikanischen Plänen dar, die zuerst die Ausarbeitung einer Verfassung, dann allgemeine Wahlen und erst als deren Ergebnis eine Regierung vorsahen. Die jetzt vereinbarte neue Marschroute ähnelt Vorschlägen, die Monate zuvor von Frankreich und Deutschland angeregt worden waren. Die Vereinbarung sieht vor, bis Ende Mai 2004 eine "Übergangsnationalversammlung" zusammenzustellen. Diese soll dann bis Ende Juni 2004 eine vorläufige Regierung ernennen. Die Wahlmechanismen für das provisorische Parlament sollen in einem ebenso provisorischen Grundgesetz festgelegt werden. Dieses Grundgesetz wird dem Vorhaben nach bis Ende Februar 2004 geschrieben sein und Rechtskraft erhalten. Nach der Machtübergabe soll bis März 2005 ein nicht genau definierter "Rat", der "vom irakischen Volk direkt gewählt" werden soll, binnen weniger Monate ein endgültiges Grundgesetz ausarbeiten, welches aber erst nach einem Referendum Rechtskraft erhalte. Darauf würden dann bis Ende des Jahres allgemeine Wahlen und die Bildung einer normalen Regierung folgen.

Die Entscheidungen wurden in Bagdad zuerst vom irakischen Regierungsrat verkündet. Zuvor war der Chef der amerikanischen Verwaltung im Irak, Paul Bremer, nach Washington geflogen und hatte dort mit US-Präsident George W. Bush beraten.

Beobachtern zufolge entspricht der neue Plan Forderungen des irakischen Regierungsrates, rascher als zunächst von den USA beabsichtigt die Macht im Irak formal abzugeben. In den letzten zwei Wochen war Insidern zufolge klar geworden, dass der Regierungsrat nicht bereit war, wie von Washington gewünscht, in absehbarer Zeit eine Verfassung auszuarbeiten. Unklar blieb jedoch, welche Rolle die Koalitionsstreitkräfte im Irak nach der Machtübergabe übernehmen würden. Das Besatzungsregime endet der Vereinbarung entsprechend am 30. Juni. Dschalal Talabani, der Vorsitzende des irakischen Regierungsrates, erklärte, ein weiteres Verbleiben der US-Truppen würde danach von den Irakern bestimmt. "Wenn wir die weitere Präsenz der Amerikaner brauchen, werden wir sie darum bitten zu bleiben. Wenn nicht, werden wir sie höflich auffordern zu gehen."

Dem widersprach US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. "Der Zeitplan . . . betrifft nur die Frage, wie das Land regiert werden soll, und nicht den Sicherheitsaspekt. Das läuft auf einer getrennten Schiene." Rumsfeld betonte, die US-Streitkräfte würden das Land "nicht sehr bald" verlassen und dass der neue Plan keinerlei Änderung vom militärischen Gesichtspunkt her bedeute. Ein Blick in den Text der Vereinbarung offenbart, dass Verbleib und Aufgaben der US-Truppen Gegenstand eines weiteren Vertrages zwischen Irakern und der Koalition sein werden.

In Bagdads Straßen reagierten die Menschen überwiegend positiv auf die Nachricht. "Warum nicht gleich so", sagte ein Möbelfabrikant im wohlhabenden Mansur-Viertel. "Wenn wir uns selbst regieren, gibt es weniger Probleme mit der Sicherheit. Wir wissen, wie wir mit den Gewalttätern umgehen müssen und wer sie sind, die Amerikaner wissen weder das eine noch das andere."

Adnan Saalem Gata, ein pensionierter Buchhalter, warnte jedoch, dass "der Widerstand noch viele Probleme bereiten wird, sie werden versuchen, das zu verhindern. Aber hoffentlich gelingt es, wir brauchen Frieden." Abdel Muttar Wahid (38), ein Schuhverkäufer, sagte, der Plan klinge gut, vorausgesetzt, dass die Sicherheit nicht in den Händen der Amerikaner bleibe, "denn dann kann es keinen Frieden geben". Ladenbesitzer Ahmed Fadil Al Ameri (48) hat weder in die Amerikaner noch in irgendwelche neue Regierungen Vertrauen. Möglicherweise weil sein Geschäft gerade ausgeraubt worden war und US-Soldaten tatenlos zugesehen hatten. "Wir brauchen wieder einen starken Führer, der die Dinge in die Hand nimmt."

Artikel erschienen am 17. Nov 2003

Artikel drucken